

DER VPOD MOECHTE MITMISCHELN

1

Von Ständerat Werner Jauslin, Muttenz

SFP. - Die Motorfahrzeug- und Fahrrad-Haftpflichtversicherung soll ein "Milliardengeschäft" sein. Deshalb findet der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD), finden offenbar auch Linksparteien, sie oder mindestens der Staat sollten dieses Geschäft übernehmen.

Die Fahrzeug-Haftpflichtversicherung hat die Aufgabe, dem verantwortlichen Fahrer die Bezahlung eines Schadens abzunehmen, für den er aufkommen müsste; oder umgekehrt, demjenigen die Bezahlung des Schadens sicherzustellen, der ihn unverschuldet erlitten hat. Es stellt sich deshalb die Frage: Was würde die vom VPOD gewünschte Verstaatlichung dem Versicherten für Vorteile bringen? Ist denn der Versicherte mit seiner Versicherung nicht zufrieden?

Minutiöse Kontrolle der Versicherungen

Natürlich hätte jeder gerne niedrigere Prämien; er möchte weniger bezahlen. Nun könnte man die sogenannten "Riesengewinne" der Versicherungsgesellschaften durch die Zahl der versicherten Fahrzeuge teilen um festzustellen, wie klein diese mögliche Reduktion wäre. Diese Ueberprüfung besorgt aber schon das Eidgenössische Versicherungsamt, das den Versicherungen eine maximale Gewinnspanne von drei Prozent zugesteht. Das Versicherungsamt obliegt seiner Aufgabe minutiös, wie die Diskussion um die Beiträge an die Beratungsstelle für Unfallverhütung zeigte: Die Versicherungen schlossen einen Betrag von 0,6 Prozent der Prämien in diese ein, um die Beratungsstelle unterstützen zu können. Das Eidgenössische Versicherungsamt bemängelte die Zahlungen, da sie für prämienfremde Leistungen erhoben würden. Sie mussten in dieser Form abgeschafft und juristisch durch ein neues Bundesgesetz geregelt werden.

Schon jetzt sind also diese Versicherungen einer scharfen Kontrolle unterworfen. Die Bundesaufsicht kann fordern, verlangen und die Versicherungen müssen sich ausweisen und sich anpassen. In Staatsbetrieben kann die Aufsicht durch Parlament

oder Regierung auch fordern; die Wirkung ist dann aber nicht so gross, weil die Staatsbetriebe nicht unter Konkurrenzdruck stehen, weil die Aufsicht gleichzeitig auch für den ganzen Betrieb selbst verantwortlich ist.

#### Die Verwaltung arbeitet nicht billiger

Niemand wird ernsthaft erwarten, dass die Verwaltung der Versicherungen durch Beamte billiger würde. Dafür, dass es so ist, gibt es genügend Beispiele. Die Angestellten von Versicherungen könnten ein Interesse an einem Staatsbetrieb haben. Die Versicherten sind aber an tiefen Prämien interessiert. Oder würde jemand seinen Schaden lieber bei einer Staatsstelle anmelden und behandeln, weil er angenehmer und besser bedient würde? Auch Staatsbeamte kennen den Dienst am Kunden. Wo dieses Verständnis bei privaten Betrieben aber fehlt, kann man als Kunde wenigstens die Firma, die Versicherungsgesellschaft wechseln.

Alles in allem genommen können die Versicherten kein Interesse daran haben, dass ihre Gesellschaft vom Staat übernommen wird. Es sei denn, der Staat, also der Bund, würde mit Subventionen mithelfen, die Prämien niedrig zu halten. Solche Ideen konnte man vielleicht, wenn die Uebersicht fehlte, noch zum Zeitpunkt haben, da der VPOD seine Initiative lancierte. Heute dürfte aber allmählich jeder merken, dass dem Staat nicht noch mehr angehängt werden kann, dass schon nach Mehreinnahmen gesucht werden muss, um die heutigen Leistungen für die Zukunft sicherzustellen.

#### Gesellschaftliche Veränderung erzwingen

Weshalb also überhaupt diese Initiative? Der VPOD hat selbst die Möglichkeit, mit eigenen Ideen "Milliardengeschäfte" zu tätigen, neue Dienstleistungen anzubieten. Da er aber mit seinem "Angebot" wenig, sogar schwindenden Erfolg hat, sucht er nach anderen Möglichkeiten. Nichts scheint da einfacher, als dort einzusteigen und mitzumischeln, wo andere erfolgreich aufgebaut haben.

Dem VPOD geht es aber vor allem um die ideologische Auseinandersetzung. Er will eine Veränderung der bestehenden Gesell-

schaft erzwingen; Mittel dazu ist auch die Initiative zur Einführung einer staatlichen Haftpflichtversicherung für Motorfahrzeuge und Fahrräder, über die am 26. September Volk und Stände zu befinden haben. Die auf ein staatskapitalistisches System ausgerichtete Ideologie des VPOD verdient eine deutliche Absage. Deshalb am 26. September Nein zur VPOD-Initiative.

19.8.1976